



---

**Kantonsrat**

Sitzung vom: 27. Januar 2015, nachmittags

Protokoll-Nr. 73

**Nr. 73**

**Postulat Müller Guido und Mit. über die Veräusserung der Beteiligung an der Kursaal-Casino AG Luzern (P 560). Ablehnung**

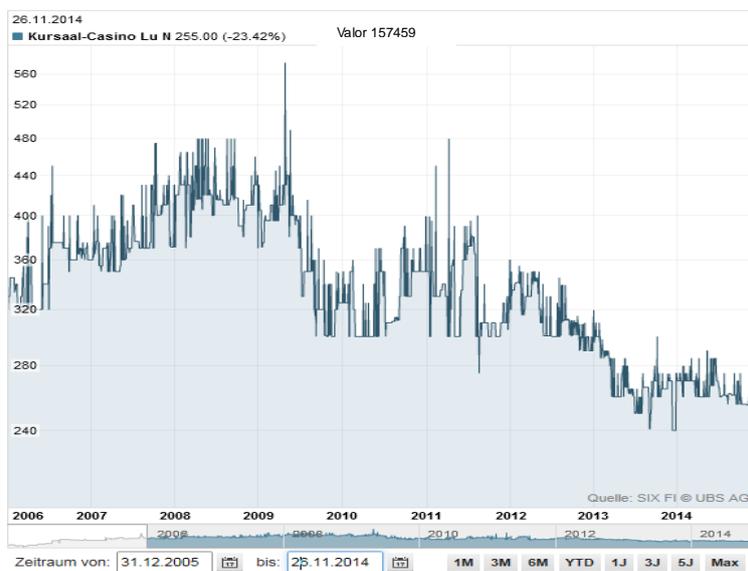
Guido Müller begründet das am 8. September 2014 eröffnete Postulat über die Veräusserung der Beteiligung an der Kursaal-Casino AG Luzern. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte er an seinem Postulat fest.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann das Postulat ab. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"Gemäss dem Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG, SRL 600, § 48 Abs. 1) ist der Regierungsrat unter anderem für die Bewirtschaftung der Anlagen des Finanzvermögens zuständig. Diese Aufgabe wird mit § 50 FLG so präzisiert, dass das Finanzdepartement für die sichere und zinsgünstige Anlage sowie für die Verwaltung des Finanzvermögens zuständig ist.

Die Aufbruchsstimmung in der Schweizer Spielbankenbranche ist nach zehn Jahren verfliegen, die Bruttospielerträge (BSE) steigen seit fünf Jahren nicht mehr. Im vergangenen Jahr lagen die Erträge der Casinos aus dem Spiel bei 757 Mio. Franken und fielen damit unter den Wert von 2004. Die grössten Herausforderungen für die Branche sind das strenge Sozialkonzept, die hohen regulatorischen Anforderungen, die hohe Casinodichte sowie die Konkurrenz durch illegales Glücksspiel. Gerade in den grenznahen Casinos haben sich auch der starke Schweizer Franken sowie die verschärfte Konkurrenzsituation negativ ausgewirkt. Die Betriebe reagierten auf die herausfordernde Situation, indem sie einerseits ganz massiv auf die Kostenbremse traten und andererseits damit begannen, neue Angebote zu lancieren, Beteiligungen an anderen Casinos einzugehen und in Bereiche wie Events und Gastronomie zu diversifizieren.

Als Folge hat sich der Kurs der Kursaal-Casino Aktie seit 2009 negativ entwickelt:



Die finanzielle Eckwerte der Beteiligung des Kantons Luzern am Kursaal-Casino sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	Anzahl Aktien	Nominalwert Stück/CHF	Nominalwert total in CHF	Kurswert per 31.12 Stück/CHF	Kurswert total per 31.12. in CHF	Dividende je Aktie <sup>1</sup>	Bruttoertrag	Dividenden-Rendite in % zum Kurswert	Buchwert per 31.12. Stück/CHF	Buchwert total per 31.12. in CHF
2006	2'380	100.00	238'000.00	360.00	856'800.00	-	-	0.00%	178.23	424'200.00
2007	2'380	100.00	238'000.00	430.00	1'023'400.00	10.00	23'800	2.33%	178.23	424'200.00
2008	2'380	100.00	238'000.00	440.00	1'047'200.00	12.00	28'560	2.73%	178.23	424'200.00
2009	2'380	100.00	238'000.00	325.00	773'500.00	12.00	28'560	3.69%	178.23	424'200.00
2010	2'380	100.00	238'000.00	399.00	949'620.00	12.00	28'560	3.01%	178.23	424'200.00
2011	2'380	100.00	238'000.00	360.00	856'800.00	12.00	28'560	3.33%	360.00	856'800.00
2012	2'380	100.00	238'000.00	310.00	737'800.00	12.00	28'560	3.87%	310.00	737'800.00
2013	2'380	100.00	238'000.00	275.00	654'500.00	12.00	28'560	4.36%	275.00	654'500.00

<sup>1</sup> Die Dividende bezieht sich jeweils auf das Vorjahr

Seit der Inkraftsetzung des FLG werden Positionen des Finanzvermögens zum Verkehrswert bilanziert (§ 46 Abs. 1 FLG). Dies führte zu einer Aufwertung der Kursaal-Casino-Beteiligung, welche vollumfänglich dem Eigenkapital gutgeschrieben wurde (siehe Botschaft des Regierungsrates an den Kantonsrat: Bericht über die Anpassung der Bilanz des Kantons per 1. Januar 2011, B 21 vom 25. Oktober 2011).

Eine Dividende wurde vor 2006 nicht gezahlt. Im Jahr 2006 wurde erstmals eine Dividende von Fr. 10.-- beschlossen, die 2007 zur Auszahlung kam. Seit 2008 wird eine Dividende von Fr. 12.-- je Aktie ausgeschüttet.

Ab 1. Januar 2012 werden die Aktien des Kursaal-Casinos als Teil des Finanzvermögens zum Kurswert des letzten Handelstages in der Bilanz bewertet (Verkehrswert, vgl. § 46 Abs. 1 FLG). Die Verbuchung der Verkehrswertanpassung von Anlagen im Finanzvermögen erfolgt erfolgsneutral über die Neubewertungsreserve für den Teil der Wertänderung, der über dem Anschaffungswert liegt (Verkehrswertanpassung, vgl. § 40 Abs. 1 a. FLV).

Der Verkauf der Kursaal-Casino-Aktien ist, wie mit dem Postulat vorgeschlagen, rechtlich möglich. Der Preis ist abhängig vom Börsenkurs.

Das Kursaal-Casino befindet sich in einer Reorganisationsphase. Um die Kräfte am Standort Luzern zu bündeln, hat die Grand Casino Luzern Gruppe im April 2013 das schweizweit betriebene Cateringgeschäft veräussert. Die restlichen in der Grand Casino Luzern Gastro AG

verbliebenen Gastroaktivitäten wurden in die Grand Casino Luzern AG überführt. Damit sind nun die Restaurants «Olivo» und «Seecafe», der Panoramasaal, die Bars sowie das Casineum unter einem Dach integriert. Die Umsätze des Casineums konnten im vergangenen Jahr mit einem vielfältigen und attraktiven Angebot auf hohem Niveau gehalten werden.

Das Kursaal-Casino ist neben dem touristisch orientierten Spielbetrieb auch ein wichtiger Veranstaltungsort für Verbände, Politik und Gesellschaft. Die dazu notwendigen Infrastrukturen sollen in diesem an äusserst sensibler Lage gelegenen Gebäude erhalten und gestärkt werden.

Unser Rat ist überzeugt, dass das Kursaal-Casino in die richtige strategische Richtung investiert und aus finanziellen Überlegungen eine rentable Anlage darstellt. Im Sinne unserer Ausführungen beantragen wir Ihnen deshalb, das Postulat abzulehnen."

Guido Müller bittet, das Postulat zur Prüfung der Beteiligungen am Casino Luzern zu unterstützen. Die Begriffe Kürzung, Verzicht, Streichung seien während der letzten Debatten zum Budget und zu Leistungen und Strukturen mehrfach gefallen. So habe man Massnahmen ergriffen, wie die Kürzung von Beiträgen an Angehörige mit Betreuungsaufgaben für behinderte Menschen, Beiträge an soziale Institutionen und so weiter. Es habe dazu auch Unmutsbekundungen vor dem Parlamentsgebäude gegeben. Dennoch halte der Kanton Luzern an einem Aktienpaket an der Kursaal-Casino AG Luzern fest. Verschiedene Leute würden sich fragen, ob die Beteiligung an einem Casino wirklich zu den Kernaufgaben des Kantons gehöre. An der Casino Luzern AG seien der Kanton Luzern, die Stadt Luzern und die Luzerner Kantonalbank beteiligt. Die Werte würden als Finanzvermögen verwaltet, jedoch sei der Wert dieses Aktienpakets in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Zwischen 2009 und 2013 habe der Verlust mehrere 100'000 Franken betragen. Dies seien Geldmittel, die bei einer rechtzeitigen Veräusserung der Anteile zur Verfügung gestanden hätten. Die Beurteilung solcher Beteiligungen liege in den Aufgaben des Finanzministers. Der Casino-Verband Schweiz habe eine Umfrage unter den Casino-Direktoren bezüglich deren Beurteilung des Casino-Geschäfts in der Schweiz lanciert. Bei der Umfrage hätten 15 der 19 Direktoren teilgenommen. Dabei seien alle 15 gleicher Meinung, dass sich die Situation stark verschlechtert habe und dass man die aktuelle Lage als miserabel beurteile. Dies sei teils darauf zurückzuführen, dass man in einer Euphorie - man hoffte, mit Casinos viel Geld zu verdienen - in der Schweiz zu viele Casinos eröffnet habe, und diese sich nun gegenseitig konkurrenzieren und unrentabel würden. Eine solche Situation sei eigentlich ein eindeutiges Zeichen, dass der Staat seine Beteiligung überprüfen sollte. Eine solche Beteiligung sei weder für den Staat nötig noch sei sie lohnenswert. Dies umso mehr, da der Kanton über die Luzerner Kantonalbank weiterhin eine hohe Beteiligung aufweisen würde und die Stadt Luzern ebenfalls noch deren 11 Prozent halte. Der Zeitpunkt sei bei solchen Geschäften nie der richtige, jedoch sei jetzt Handlungsbedarf, die Beteiligung abzustossen, um weitere Verluste zu verhindern.

Susanne Truttmann lehnt im Namen der SP/Juso-Fraktion das Postulat ab. Es bestehe im Zusammenhang mit dem Kursaal-Casino kein Grundversorgungsauftrag. Der Kanton Luzern besitze denn auch nicht Aktienanteile im grossen Stil. Die SP/Juso-Fraktion sei jedoch grossmehrheitlich der Ansicht, diese Aktienpakete im Finanzvermögen des Kantons zu belassen. Diese Aktien seien eine gute Anlage. Die Räume an schönster Lage seien von zunehmender Bedeutung für Veranstalter aus Politik und Gesellschaft. So böten die Restaurants und Säle zu moderaten Preisen für verschiedenste Interessengruppen Möglichkeiten, beispielsweise für Seminare und Anlässe. Mit der Reorganisation 2013 sei die Grand Casino Luzern AG gestärkt worden. Der Kanton Luzern halte zusammen mit der Stadt Luzern einen Aktienanteil von 20 Prozent. Dies erscheine auch weiterhin angebracht.

Michèle Graber votiert im Namen der GLP-Fraktion für das Postulat. Gemäss geltendem Gesetz liege die Verantwortung für das Verwalten des Finanzvermögens beim Regierungsrat. Das Finanzdepartement sei beauftragt, das Vermögen sicher und zinsgünstig anzulegen. Die Beurteilung dieser Kriterien bei der Investition im Casino Luzern könne sie nicht vornehmen. Allerdings sei offensichtlich, dass das Aktienkapital in den letzten Jahren massiv an Wert

eingebüsst habe, was rückblickend immer einfacher zu kommentieren sei. Relevanter sei ein gut diversifiziertes Anlageportfolio. Diesbezüglich weise der Kanton Luzern noch andere Klumpenrisiken auf. Der Rückgang des Aktienwertes sei für sie aber nicht ein Grund für die Forderung zur Veräusserung des Pakets. Die Regierung habe das schwierige Umfeld und die Herausforderungen in der Spielbankenwelt in der Antwort gut dargelegt. Hier lägen die primären Argumente zur Zustimmung zum Postulat: Das Führen eines Casinos respektive Gastrobetriebs gehöre nicht zu den Kernaufgaben eines Kantons. Bei einem derart hohen Anteil an Stimmengewicht der Aktionäre, welche der Staat mit den Beteiligungen von Kanton, Kantonalbank und Stadt Luzern aufweise, sei es zwingend, dass sich dieser mit der Geschäftsführung und der Geschäftsstrategie aktiv auseinandersetze und seine Rolle aktiv wahrnehme. Darin liege auch der Haken. Denn aus wirtschaftsliberaler Sicht sei der vorliegende Fall heikel. Der Regierungsrat schreibe, das Gebäude stelle einen wichtigen Ort für Veranstaltungen aus Politik und Wirtschaft dar; diese Infrastruktur solle erhalten und gestärkt werden. Es stelle sich die Frage, wer diese Argumentation beurteile und ob dieselben Argumente nicht auch für das Neubad oder andere, altehrwürdige Restaurants in Luzern gelten würden. Das Risiko sei als gross einzustufen, dass der Kanton einen einzelnen Betrieb aufgrund seiner Beteiligung bevorzuge. Dies führe zu einer Marktverzerrung. Aus ethischer Sicht sei eine Beteiligung am Geldspielgeschäft durchaus kritisch zu beurteilen. Die Spielsuchtproblematik mit all ihren Facetten (soziale Probleme, Therapie, Prävention) führe zu viel persönlichem Leid und Kosten für die Gesellschaft. Es stelle eine etwas schizophrene Situation dar, wenn der Kanton und der Bund viel Geld in die Prävention steckten und gleichzeitig Investitionen in Casinos tätigten, mit der Absicht, dass diese möglichst gewinnbringend seien.

Heidi Rebsamen lehnt die Veräusserung der Beteiligung an der Kursaal-Casino AG Luzern, wie im vorliegenden Postulat gefordert, im Namen der Grünen Fraktion ab. Dafür würden aus ihrer Sicht im Wesentlichen zwei Gründe sprechen. Die Grüne Fraktion stimme dem Postulanten zu, dass es nicht zur Kernaufgabe eines Staates gehöre, Beteiligungen zu halten. Was geschehe aber mit dem Geld nach einem Verkauf der Aktien? Es gebe keine zwingende Notwendigkeit, die Aktien im Wert von zirka 400'000 Franken zu verkaufen, um das Defizit in der Rechnung des Kantons zu stopfen. Dafür sei der Betrag einfach zu gering. Es bestünde kein Spezialprojekt, für das man das Geld einsetzen könnte. Die Aktien aus einer Laune heraus zu veräussern, finde die Grüne Fraktion eine verantwortungslose Politik, wie sie sie von der SVP her eigentlich nicht kenne. In ihrem Vorstoss zum Verkauf der CKW-Aktien sei klar ein Gegenwert in Form von Beteiligungen an Unternehmen, welche neue erneuerbare Energien produzierten, verlangt worden, um eine zeitgemässe Energiepolitik im Kanton in die Wege zu leiten. Für sie gelte somit: kein Verkauf von Aktien ohne Gegenwert. Die Argumentation des Postulanten, dass der Aktienwert stetig am Abnehmen sei, hinke. Vor der Inkraftsetzung des FLG seien die Aktien zu einem Wert von 424'000 Franken bilanziert worden. Mit dem FLG würden Aktien bekanntlich zum Verkehrswert bilanziert und der Wert des Pakets habe Ende 2013 immerhin noch 654'000 Franken betragen. Aber ausschlaggebend für die Zurückweisung dieses Postulats sei für die Grüne Fraktion der erste Grund; sie sei nicht dafür, Aktien grundlos zu verkaufen.

Reinold Sommer lehnt das Postulat im Namen der FDP-Fraktion ab. Er betrachte die Begründung des Regierungsrates als nachvollziehbar. Dass der Kanton im Besitz eines Aktienpakets eines Casinos sei, und zwar direkt beteiligt am Roulettisch, werde als speziell empfunden. Aus finanzieller Sicht sei dieses Engagement lukrativ und kein Minusgeschäft. Dividenden von 12 Franken bei einem Aktienkurs von rund 300 Franken seien gut, Dividenden von 4 Prozent sehr gut. Zudem bestehe für den Kanton ein Mitspracherecht für den Kursaal. Dieser geniesse ein hohes Interesse über die Stadt hinaus, und auch das Mitspracherecht über das Casino generell bei der Weiterentwicklung und bei der Ausrichtung. Der Regierungsrat sei jederzeit informiert und wisse, was an zentraler Lage mit dem Casino gehe. Auch die neue strategische Ausrichtung, die Reorganisation und die Konsolidierung würden als überzeugend empfunden.

Franz Bucher lehnt das Postulat im Namen der CVP-Fraktion ab. Der Kantonsrat habe die Kompetenzen der Bewirtschaftung vom Finanzvermögen mit dem FLG dem Regierungsrat übertragen. Die CVP-Fraktion vertraue dem Regierungsrat, dass er das Finanzvermögen

richtig und auch im Interesse der Bürgerschaft verwalte. Die Anlage des Kursaals Casino AG würde auch heute eine gute Rendite abwerfen. Diese Beteiligung sei auch strategisch, dies beurteile der Regierungsrat heute so. Hier wolle man sich nicht einmischen.

Im Namen des Regierungsrates bittet Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Rat, das Postulat abzulehnen. Guido Müller renne offene Türen ein. Genau das würde bereits gemacht werden. Sämtliche Papiere, welche man im Finanzvermögen habe, würden überprüft, ob man sie verkaufen oder ob man sie halten wolle. Diese Arbeiten seien fast abgeschlossen, zumindest die Bestandesaufnahme, beziehungsweise die Kriterien. Bei sinkenden Kursen sollte man von einem Verkauf absehen, das sei nicht so gut. Er habe gehört, dass man eine diversifizierte Vermögensallokation brauche. Ja, das würde man schon brauchen, wenn man Vermögen hätte. Man besitze im Finanzvermögen 10 Prozent LUKB-Aktien, 10 Prozent CKW-Aktien und dann sei man dann schon bei den Bahnen (SGV, Pilatus Bahnen). Das seien wirklich kleine Beteiligungen. Es würden jedoch alle Papiere betreffend ihrer Rendite beurteilt. Mit 4 Prozent sei sie rentabel. Sie werfe daher mehr Geld ab, als dass man Zinsen zahlen müsse, wenn man Geld aufnehme. Daher bestünden aus finanzpolitischer Sicht keine Gründe, diese zu verkaufen. Es gebe jedoch noch andere zu beachtende Gründe. Diese seien aufgeführt; ein Gebäude an bester Lage, wo man mehr damit machen würde, als nur der Spielbetrieb. Die Einschätzung von Guido Müller, was mit den Spielbetrieben passiere, teile er. Dieses Thema sei noch lange nicht abgeschlossen in der Schweiz. Aber in diesem Haus passiere eben mehr als nur der Spielbetrieb.

Der Rat lehnt das Postulat mit 65 gegen 34 Stimmen ab.